



Prof. Dr. Yubaraj Sangroula

Professor für Internationales Recht und Rechtsphilosophie an der Kathmandu School of Law
Gastprofessor an indischen, bangladeschischen und chinesischen Universitäten
Autor der Bestseller-Bücher „South Asia-China Economics and Decolonizing Jurisprudence“



Die Zukunft des Sozialismus und der multilateralen internationalen Ordnung in der Ära nach Covid-19

Einführung

'Der Sozialismus ist dem Kapitalismus bei weitem vorzuziehen' – dies wurde weltweit während und nach der Covid-19-Pandemie exponentiell stärker empfunden. Die benachteiligten und marginalisierten Massen haben diese Botschaft sowohl ontologisch als auch im Wesentlichen weitgehend aufgenommen. Die Auswirkungen der Pandemie auf den westlichen Kapitalismus sind überwältigend und katastrophal, insbesondere im Vergleich zu nicht-westlichen Ländern mit starken sozialen Institutionen und sozialistischen Systemen. Diese Länder haben es geschafft, ihre Basisorganisationen und sozialen Sicherheitssysteme aufrechtzuerhalten oder zu bewahren. Nur jene Länder, deren konventionelle soziale Institutionen und soziale Abhängigkeiten durch die Übertreibungen des Neoliberalismus beschädigt wurden, litten unter unerwünschten Konsequenzen, wie zum Beispiel Indien. Die Menschen in China, Vietnam, Nordkorea und Kuba haben ein höheres Maß an Verantwortung gezeigt, indem sie in der Lage waren, die Pandemie zu bekämpfen und die allgemeine Bevölkerung zu versorgen, indem sie alle nationalen Gesundheitsressourcen schnell mobilisierten und die Koordination der staatlichen Apparate effizient etablierten. Länder wie Russland und viele andere, die es geschafft haben, korrupte neoliberale Wirtschaftssysteme und korporatistische Regime zu verhindern, haben gut abgeschnitten und das Leben vieler Menschen gerettet.

Alle sozialistischen und nicht-liberalistischen Länder haben die Situation mit ihren besseren Wohlfahrtssystemen bewältigt. Zu den Ländern, die in die zweite Kategorie fallen, gehören Dänemark, Norwegen, Singapur, Südkorea, Finnland, Costa Rica, Äthiopien, Tansania und Kenia, um nur einige zu nennen. Nepal und Bhutan, mit ihren noch jungen Wirtschaften, haben die Krise fair bewältigt und so den Tod vieler Menschen verhindert. In diesen Ländern funktionierte das familiäre Band und die integrierte Struktur als gegenseitige Versicherung. Das Einkommen der Eltern unterstützte die Kinder und umgekehrt. Die sozialen Basisinstitutionen, die die Solidarität in der Nachbarschaft förderten, boten ein System der 'Hilfe für Bedürftige'. Diese soziale Solidarität zeigte sich in nachbarschaftlichem Umgang miteinander, was verdeutlicht, dass der Kapitalismus durch die Interessen einer sehr begrenzten Anzahl von Eliten beeinträchtigt ist und ungeeignet ist, Herausforderungen wie COVID-19 zu bewältigen.

Das Ausmaß an Panik und Chaos war in diesen Ländern in sozialistischen und sozial integrierten Gesellschaften geringer. Die breite Öffentlichkeit verhielt sich insgesamt kooperativer, was auf das hohe Maß an Vertrauen zurückzuführen ist, das von den Basisinstitutionen und den staatlichen Apparaten in diesen Ländern demonstriert wurde. Die Führungsrolle der sozialistischen Länder ist in dieser Hinsicht besonders vorbildlich. Im Gegensatz dazu, in neoliberalistischen Ländern, die von westlichen Intrigen und der Bedrohung durch multinationale Konzerne geplagt sind, manifestierte sich Chaos, das extreme Panik unter der allgemeinen Bevölkerung und den Massen verursachte. Im

Allgemeinen fühlten sich die einfachen Menschen in den kapitalistischen und sich entwickelnden neoliberalistischen Ländern psychologisch betroffen und ignoriert. Ein kleiner Teil der Bevölkerung, etwa 2/3 Prozent, war jedoch weniger betroffen, da er in der Lage war, Dienstleistungen von technologisch hochentwickelten privaten medizinischen Unternehmen – Krankenhäusern und Rehabilitationszentren – in Anspruch zu nehmen.

"Die Behandlung des Coronavirus verursachte in privaten Krankenhäusern in den Vereinigten Staaten Kosten von etwa 30.000 Dollar", sagte Christopher Hedge, Pulitzer-Preisträger, ehemaliger Korrespondent der New York Times und populärer Schriftsteller, in einem Interview mit dem XR-TV. Dieses Beispiel bietet uns eine konkrete Grundlage, um den Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu beobachten, wenn man durch die Linse der Auswirkungen der Pandemie schaut. Die Meinungen von Richard Wolff und Gene Epstein helfen uns, den Kontrast auf spektakuläre Weise zu erfassen. In seinem Bestsellerbuch "Democracy at Work: A Cure of Capitalism" fasst Prof. Richard Wolff zusammen: "Der Kapitalismus ist instabil; der Kapitalismus ist unfähig; und der Kapitalismus ist im Grunde undemokratisch." Gene Epstein hingegen argumentiert, dass der Kapitalismus den Menschen erlaubt, "ihre Entscheidungen darüber zu treffen, wie sie ihr Leben führen, welchen Beruf sie ausüben, wo sie arbeiten möchten und was sie tun wollen." Seiner Ansicht nach kann nur der Kapitalismus dieses Potenzial bieten. Epstein hat recht, aber nur im Fall von reichen und mittelständischen Menschen – ansonsten hat er es nicht geschafft, eine bessere Gesellschaft zu schaffen, indem er eine gerechte Verteilung von Reichtum und Entwicklungsmöglichkeiten für Menschen aus allen Lebensbereichen anbietet. Was wir seit der Ära der industriellen Revolution ohne Ausnahme gesehen haben, ist, dass der Kapitalismus aufgrund seines diskriminierenden Ansatzes bei der Verteilung von Reichtum und Einkommen unablässig Instabilität und Chaos in der Gesellschaft entfesselt hat.

"Die 2.153 Milliardäre der Welt besitzen mehr Reichtum als 4,6 Milliarden Menschen, die 60 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen", berichtete Oxfam International kurz vor Beginn des Weltwirtschaftsforums in Davos. Der Bericht wurde am 20. Januar 2020 veröffentlicht – zu einer Zeit, als das Coronavirus gerade erst am Anfang stand, aber noch nicht bemerkt wurde. Oxfam International fährt fort: "Die globale Wirtschaft ist schockierend verkrustet, und die Zahl der Milliardäre hat sich im letzten Jahrzehnt verdoppelt (1)." Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt unter einem Mangel an Lebensgrundlagen, und ein großer Teil dieser Bevölkerung, über 3,5 Milliarden Menschen, lebt unterhalb der Armutsgrenze – der überwältigend größere Teil dieser wirtschaftlich benachteiligten Bevölkerung lebt in Ländern, die von der liberalen Demokratie und der neoliberalen Wirtschaft beherrscht werden.

Daher ist Armut ein 'Geschenk des Kapitalismus', das durch das 'anglo-amerikanische Modell der liberalen Demokratie' genährt und geschützt wird, welches nach dem Kalten Krieg eine rigorose Militarisierung zur Verteidigung erfahren hat. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben die höchsten Militärausgaben, im Gegensatz zur Realität der zunehmend größeren Ungleichheit in der Verteilung von Reichtum und Einkommen. Dieser traurige Zustand der Ungleichheit im Wohlstand und der ständig verschlechternden Lebensstandards der einfachen Menschen sowie die massive

Militarisierung der Welt sind jetzt sichtbar als die 'Geschenke des Kapitalismus' – Ergebnisse seiner Unbesonnenheit und unmenschlichen Ansätze in der politischen Ökonomie.

Der Kapitalismus hat sich über drei Jahrhunderte seit der Industriellen Revolution erstreckt und ist im Wesentlichen durch eine Vielzahl von Problemen gekennzeichnet, mit denen die Welt heute konfrontiert ist, wie zum Beispiel: 'Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, eine globale Gesellschaft mit gemeinsamer Zukunft und gemeinsamen Schicksal zu schaffen.' Der Kapitalismus hat sich in unserer Zeit in einen 'korporatistischen Monopolkapitalismus' verwandelt – es könnte sogar argumentiert werden, dass er zu einem militarisierten Kapitalismus geworden ist, neben einem Klientelkapitalismus. Das System der Einkommens-, Chancen- und Wohlstandsverteilung in dieser Art von Kapitalismus bleibt vollständig ungerecht und unmenschlich. Wie oben bereits erwähnt, hat nur ein kleinerer Teil der Bevölkerung – weniger als zehn Prozent, wie die Umfrage von Oxfam International zeigt – davon profitiert, während die größeren arbeitenden Massen absichtlich und betrügerisch benachteiligt und in einen Zustand extremer Marginalisierung der Entwicklung gedrängt wurden. Die Massen der Menschen sind um angemessene Lebensstandards und Mittel zur Lebensführung gebracht worden – ihnen fehlt es an Wohnraum, Nahrung, sanitären Einrichtungen, Gesundheit, Bildung und Zugang zu Entwicklungsmöglichkeiten. Die schweren Auswirkungen, unter denen die benachteiligten Menschen weltweit heute leiden, sind Opfer eines Systems, das in den Worten von Adam Smith das niederträchtige Prinzip verfolgt – "alles, was deins ist, gehört uns" (2).

In den USA, der führenden kapitalistisch-neoliberalen Nation, war zum Beispiel in den 1980er Jahren, nach dem Vietnamkrieg, die Wachstumsrate der Militärausgaben höher als die Inflation und das BIP-Wachstum selbst – die jährliche Wachstumsrate der Militärausgaben blieb bei etwa 6 Prozent. Interessanterweise sank im gleichen Zeitraum die Einkommensrate der untersten Bevölkerungsschicht um 11 Prozent, während die Einkommenswachstumsrate der obersten zwanzig Prozent um 5 Prozent stieg. Es ist daher offensichtlich, dass entweder Militarisierungsmissionen oder reiche Konzerne vom Kapitalismus profitieren (3), wodurch eine Bedrohung für die internationale Sicherheit sowie das Leben der arbeitenden Klassen entsteht.

Früher behaupteten einige kapitalistische Ökonomen, dass das "demokratische Umfeld politischer Institutionen zu einer Verbesserung der Einkommensverteilung führt." Diese Theorie wurde nun durch Fakten widerlegt oder unterstützt, wenn man sowohl aus der Perspektive der sinkenden Einkommensquote eines größeren Teils der allgemeinen Bevölkerung, insbesondere nach COVID-19, betrachtet. Diese Ökonomen argumentierten, dass es eine "starke Korrelation zwischen dem reibungslosen Funktionieren demokratischer Institutionen und höheren Löhnen sowie dem Rückgang der Einkommensungleichheit gibt (4)." Diese Theorie wurde widerlegt.

Im gegenwärtigen Zustand nehmen die Probleme der Ungleichheit sowie der Militarisierung stark zu und treiben die allgemeine Bevölkerung in noch unbewohnbarere Lebensverhältnisse. Michael McCormack und Amanda Novello schreiben: "Die Löhne und Einkommen [in Amerika] stagnieren weiterhin, während die arbeitenden Amerikaner kämpfen, um ihren Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Die Lohnunterschiede zwischen weißen Arbeitern und Arbeitern anderer Hautfarben bestehen fort; tatsächlich haben sich einige Lücken sogar vergrößert. Die

Unterbeschäftigung zeigt an, dass die Wirtschaft nicht genügend Arbeitsplätze für die Menschen bietet, die bereit und in der Lage sind zu arbeiten. Die aktuellen föderalen Wirtschaftspolitiken, die aus schlecht gezielten Steuersenkungen und Deregulierung bestehen, haben nichts Bemerkenswertes getan, um weit verbreiteten Wohlstand zu schaffen (5)." Die Situation in Europa ist ähnlich, da einige Länder gezwungen waren, eine Sparpolitik zu verfolgen. Der Zusammenbruch der Wirtschaft in Griechenland war das typische Beispiel, obwohl die großen Banken in Deutschland und Frankreich im Namen von Rettungsaktionen enorm große Vorteile erzielten (6).

Die Klientelkapitalistischen Länder wie die USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich nutzen ihre militärische Stärke, um ihre politische Hegemonie weltweit aufrechtzuerhalten und profitieren immer von ihren Kriegsindustrien – der Waffenherstellung. Sie unterstützen die einseitige Globalisierung und nutzen internationales Recht, Waffen und internationale Diplomatie, um den Aufstieg der multilateralen Globalisierung zu verhindern. Während ihre Volkswirtschaften stark zurückgegangen sind, bestehen sie darauf, das einseitige Machtgefüge zu erhalten, und praktizieren nationale und internationale Politiken gegenüber ihren gemeinsamen Bevölkerungen und Nicht-NATO-Ländern. Sie sind darauf bedacht, den Aufstieg des multilateralen Globus zu verhindern, mit der Plattform, die von den Ländern geschaffen wurde. Russland und China sind die Hauptziele dieses Vorhabens. Die folgenden "Drei Essenzen" bilden die Grundlagen ihres neokolonialistischen und imperialistischen Ansatzes in der internationalen Sicherheit und den Beziehungen: (a) der 'koloniale Neoliberalismus', (b) die globale Hegemonie und (c) die Kriegsindustrie. Diese drei 'Essenzen' sind die tödlichen Herausforderungen für den Aufstieg des Multilateralismus und die gemeinsame Zukunft der Menschheit.

Sozialismus vs. Liberalismus und Kapitalismus:

„Ein genauerer Begriff für ein System, das die Grenzen zwischen ‚Big Government‘ und ‚Big Business‘ aufhebt, ist nicht ein liberales, konservatives oder kapitalistisches System; es ist, wie Naomi Klein schreibt, ein korporatistisches System (7).“ Sie fährt fort: „Seine Hauptmerkmale sind die enorme Übertragung öffentlichen Reichtums in private Hände, oft begleitet von explodierenden Schulden, einer sich ständig vergrößernden Kluft zwischen schillernd Reichen und entbehrlichen Armen und einem aggressiven Nationalismus, der bodenlose Ausgaben für Sicherheit rechtfertigt (8).“

Der heutige Kapitalismus hat sich bereits in ‚Korporatismus‘ verwandelt – ein System, in dem große multinationale Konzerne die Kontrolle über die politischen Regierungen in westlichen kapitalistischen Nationen erlangt haben. Die sogenannte liberale Demokratie, gekennzeichnet durch Wahlen, Gewaltenteilung und Regierungsführung nach dem Prinzip des Rechtsstaats, wurde in Übereinstimmung mit den Vorschlägen der Trilateralen Kommission (9) erheblich modifiziert und reduziert. Die populistische oder massenhafte Teilnahme an der Politik durch das Erheben von Bedenken und Interessen verschiedener Gruppen wurde als „ein Übermaß an Demokratie“ abgelehnt: Das Ziel hinter dieser Definition ist es, Frauen, Jugendliche, ältere Menschen, Arbeiter, Minderheiten und andere Teile der zugrundeliegenden Bevölkerung von der aktiven Teilnahme an der Politik auszuschließen.

Diese normalerweise passiven und marginalisierten Sektoren begannen in den 1930er Jahren, sich politisch zu beteiligen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Die sogenannte „Krise der Demokratie“, wie Chomsky schreibt, „wurde von den Komponenten des Elite-Spektrums..., der Geschäftswelt im Allgemeinen, als noch gefährlicher angesehen (10).“ Die Trilaterale Kommission, die sich auf das Beispiel des amerikanischen Präsidenten Truman bezog, der die Verwaltung mit der Zusammenarbeit einer kleinen Anzahl von „Wall Street-Anwälten und Bankern“ leitete, schlug vor, die Teilnahme der Menschen, die als „Übermaß an Demokratie“ bezeichnet wurden, zu beseitigen (11). In Übereinstimmung mit den Vorschlägen der Kommission intensivierten die Konzerne und rechtsgerichteten Denkfabriken das Lobbying, um die Kontrolle über Gesetzgebungsprogramme und Institutionen zu gewährleisten. Dieser geheime, aber weit verbreitete Angriff auf die populäre Teilnahme der Menschen an der Politik in Amerika sowie in allen westlichen Demokratien hatte enorme Auswirkungen. In den 1970er Jahren wurden neoliberale Programme intensiviert, um weitere fortschrittliche Maßnahmen zur Kontrolle des Populismus an der Basis zu erreichen. Diese politische Verschwörung führte schließlich, in den Worten des amerikanischen Historikers Walter Dean Burnham, zu „dem völligen Fehlen einer sozialistischen oder arbeiterorientierten Massenpartei als organisierter Wettbewerber auf dem politischen Markt (12).“ Um die Kontrolle über die populäre Politik zu verfolgen, die Menschen aus den Angelegenheiten des Staates herauszuhalten und den Konzernen und Kapitalisten die volle Kontrolle über die Staatsmaschinerie zu geben, brachte Präsident Reagan nach seinem Sieg im Jahr 1984 sein berüchtigt anti-bürgerliches Programm namens „New Deal und Great Society Program“, das die Sozialversicherungsprogramme, Medicare- und Medicaid-Programme sowie die öffentlichen Bildungsprogramme gegen die populäre Erwartung von Kürzungen der Militärausgaben stark einschränkte (13).

Die westliche Staatsstruktur erwies sich also als korporatistisch, kontrolliert von multinationalen Konzernen, insbesondere der Kriegsindustrie. Diese Tatsache bestimmt die zeitgenössische westliche Sicherheits- und internationale Beziehungspolitik. Diese Staatsstruktur bevorzugt Hegemonie, Dominanz und Neokolonialismus. Das NATO-Ziel, seinen Einfluss nach Osteuropa und in die Ukraine auszudehnen, wurde schließlich durch diese Politik befeuert, was letztendlich zu Russlands spezieller Militäroperation gegen die Ukraine führte, die nun eine Kriegszone der NATO gegen Russland ist. Die westlichen kapitalistischen Länder pumpen Milliarden von Dollar in den Krieg gegen Russland, der darauf abzielt, den Aufstieg des Multilateralismus vergeblich zu stören. Diese imperialistische Politik entzieht auf der anderen Seite den europäischen Bürgern den Zugang zu Gesundheit und sozialer Sicherheit (14). Der marxistische Ökonom Richard Wolff stellt fest: „Konzerne sind dazu da, Geld zu verdienen. Ihr Interesse gilt also dem Profit. Daher befolgen sie keine Regeln, die ihren Profit beeinträchtigen (15).“ Für dieses System zählen die einfachen Menschen nichts.

Der Sozialismus in China hat das Problem auf unterschiedliche Weise angegangen. Im Jahr 2017 führte der Bericht des 19. Kongresses der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) ein grundlegendes Programm ein, um eine weitere Verbesserung des Lebensstandards der chinesischen Bevölkerung sowie der Menschen in anderen Ländern durch die Formulierung nachhaltiger Entwicklungsprogramme sicherzustellen. Im Rahmen dieses Programms führte Präsident Xi Jinping die Idee der weiteren Reform und Öffnung des Marktes ein und ermutigte chinesische Unternehmen, insbesondere in Länder entlang des Wirtschaftsgürtels der Seidenstraße und der maritimen Seidenstraße des 21. Jahrhunderts zu expandieren (16). In seiner Ansprache an die Delegierten des Kongresses sagte er: „Unsere Vision, die Entwicklung menschenzentriert zu gestalten, wurde umgesetzt, eine ganze Reihe von Maßnahmen zum Nutzen der Menschen wurde durchgeführt, und das Gefühl der Erfüllung der Menschen hat sich verstärkt. Entscheidende Fortschritte wurden im

Kampf gegen die Armut erzielt: Mehr als 60 Millionen Menschen wurden aus der Armut befreit, und die Armutsquote ist von 10,2 Prozent auf weniger als 4 Prozent gesunken. Die Beschäftigung hat ein stetiges Wachstum verzeichnet, mit durchschnittlich über 13 Millionen neuen städtischen Arbeitsplätzen pro Jahr. Das Wachstum der städtischen und ländlichen Einkommen hat die wirtschaftliche Entwicklung übertroffen, und die Mittelschicht hat sich ausgeweitet. Ein Sozialversicherungssystem, das sowohl Stadt- als auch Landbewohner abdeckt, hat Gestalt angenommen; sowohl die öffentlichen Gesundheits- als auch die medizinischen Dienstleistungen haben sich merklich verbessert (17).“ Der Aufbau des „Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“ war der Hauptschwerpunkt des Kongresses, der die „Vier Umfassenden“ als miteinander verbundene Narrative zur Erreichung des Ziels des Sozialismus festlegte. Diese vier Umfassenden wurden als (i) Aufbau einer gemäßigt wohlhabenden Gesellschaft, (ii) Vertiefung der Reformen, (iii) Regierungsführung nach dem Gesetz und (iv) Verschärfung der Parteidisziplin zusammengefasst. Die „Vier Umfassenden“ haben das Volk als zentralen Punkt betrachtet (18). Diese vier ‚Umfassenden‘ repräsentieren das grundlegende Wesen der Gedanken von Xi Jinping. Nachhaltige Entwicklung ist von nun an eine zentrale Herausforderung für China. Es darf nicht zugelassen werden, dass die Armut zurückkehrt oder wiederkehrt, das Einkommen der Menschen muss stabil und nachhaltig sein.

Russland bewegte sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ebenfalls in Richtung Revitalisierung seiner Wirtschaft und des Lebensstandards der Menschen. Präsident Wladimir Putin tat sein Bestes, um sich mit Europa zu integrieren und eine friedliche Welt durch Zusammenarbeit zu fördern. Er arbeitete an der Beilegung der inneren politischen Streitigkeiten der Ukraine und der Stabilisierung der Beziehungen zwischen Europa und der ehemaligen Sowjetregion. Deutschland und Frankreich verrieten jedoch Russland. Russland wurde in eine Ecke gedrängt und fühlte sich in seiner Sicherheit bedroht. Die NATO-Länder sind aktiv damit beschäftigt, Russland zu spalten und einzudämmen. Trotzdem baute Russland seine Wirtschaft auf und belebte seine militärische Stärke. Russland ist eine schnell wachsende Wirtschaft.

Chinas Bemühungen, das Ziel des Aufbaus des ‚Sozialismus mit chinesischen Merkmalen‘ zu erreichen, blühten ebenfalls rasch auf. Eine gerechte Verteilung von städtischen und ländlichen Dienstleistungen, eine bessere Umverteilung der sozialen Wohlfahrt und deutliche Verbesserungen bei öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, die Beseitigung von Korruption sowie ein faires und unparteiisches Rechts- und Justizsystem waren die wichtigsten Errungenschaften Chinas (19). Die Kommunistische Partei betrachtete den Aufbau des „Sozialismus“ als eine Aufgabe, die in Übereinstimmung mit dem etablierten System von Gesetzen, die demokratisch vom Nationalen Volkskongress erlassen wurden, erfüllt werden muss. Die Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus in Verbindung mit anderen ‚Zielen‘ muss durch die Entwicklung eines stärkeren Rechtssystems, die Doktrin der sozialistischen Gesetzlichkeit und die sozialistische Rechtsstaatlichkeit vorangetrieben werden. Dieser Prozess wurde vom Plenum des Zentralkomitees der KPC im Jahr 2014 durch die Verabschiedung der fünf allgemeinen Prinzipien zur Führung der Rechtsreformen festgelegt. Diese waren (i) die Führung der Partei, (ii) die dominante Stellung des Volkes – das Volk als Herr des Landes, (iii) Gleichheit vor dem Gesetz, (iv) die Kombination von Herrschaft durch das Gesetz (yifa zhiguo) mit der Herrschaft durch Tugend (dezhi), und (v) die Notwendigkeit für China, seinen eigenen Weg zu beschreiten. Der 19. Kongress der KPC hat diesen Weg durch eine Politik und Parteiverfassung der ungeteilten Parteiführung gesichert. Ohne Zweifel wird die Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus

mit chinesischen Merkmalen, geleitet von den Prinzipien der sozialistischen Rechtsstaatlichkeit, unter der Führung der KPC und mit dem Staat als Spiegelbild des Volkswillens erfüllt werden (20).

Daher konzentriert sich Chinas Politik in Bezug auf Sicherheit und internationale Beziehungen auf Partnerschaft und Zusammenarbeit bei der wirtschaftlichen Entwicklung und im globalisierten Handel. In diesem Zusammenhang hat China ein Konzept der Zusammenarbeit für eine gemeinsame Zukunft mit seinem Flaggschiff-Entwicklungskonzept namens Belt and Road Initiative (BRI) vorgeschlagen. Dieses Kooperationsmodell beruht auf der Nichteinmischung in die Souveränität und Unabhängigkeit des Partnerlandes. Diese Initiative fördert somit eine ‚nicht-koloniale und nicht-hegemoniale‘ Zusammenarbeit für die wirtschaftliche Entwicklung der Welt. Das Modell der internationalen Zusammenarbeit bestimmt Chinas Beziehungen zu anderen Ländern.

Fazit:

Die obige Diskussion stellt einen Kontrast zwischen Kapitalismus und Sozialismus in Bezug auf die Sicherheit der Menschen sowie die nationale Sicherheit und die internationalen Beziehungen dar. In der post-COVID-19-Situation zeigt der Kontrast, dass der Kapitalismus demokratisch schnell verfällt und hegemonial wird, um seinen "sterbenden einseitigen Einfluss auf der ganzen Welt" zu bewahren. Der Kapitalismus ist autoritär gegenüber seinen Bürgern und hegemonial gegenüber anderen Nationen. Er bewegt sich aggressiv in Richtung eines Verbots der politischen Partizipation der Menschen im Inland und schafft Spannungen und Feindseligkeiten im Ausland. Die Fähigkeit kapitalistischer Staatsinstitutionen, wirtschaftliche Krisen zu bewältigen, hat nachgelassen, und in einer solchen Situation ist das Vertrauen der Menschen in den Kapitalismus stark geschwunden. Der Sozialismus hingegen hat starke institutionelle und führende Fähigkeiten gezeigt, um Krisen zu bewältigen. Er hat sich als ein Mainstream der internationalen Wirtschaftsordnung herauskristallisiert. Die Dynamik Chinas unter "Sozialismus mit chinesischen Merkmalen" zeigte eine bemerkenswerte Entwicklung in den marxistisch-leninistischen Doktrinen.

"Der Kapitalismus wird als überlebend ohne Regeln gesehen", während der Sozialismus sein Vertrauen in das sozialistische Rechtssystem und die kulturellen Tugenden vertieft hat. Wie Fuwa Testuzo, ein prominenter Führer der Japanischen Kommunistischen Partei, feststellt, ist die wirtschaftliche Depression ein charakteristisches Merkmal des Kapitalismus (21). Dies liegt daran, dass der Kapitalismus, wie oben erörtert, mit dem niederträchtigen Grundsatz "alles für die Reichen und nichts für die Armen" funktioniert. Die Theorie der Depression ist ein Kernpunkt der Kapitalismuskritik. Aus dieser Perspektive ist die schwerwiegendste Auswirkung der Weltordnung nach COVID-19 der Anstieg der Depression in der kapitalistischen Wirtschaft aufgrund der schnell wachsenden De-Dollarisierung und der amerikanischen schuldengetriebenen Wirtschaft. Der Zusammenbruch des amerikanischen Fiat-Geldes nimmt stark zu. Diese Tatsachen könnten zur "Aggression des Westens" führen, um seine Hegemonie zu retten, und somit die Gefahr eines globalen Konflikts zwischen der NATO und dem globalen Süden heraufbeschwören. Die Wiederbelebung des verlorenen Sozialismus weltweit und der internationale Konflikt, der vom Kapitalismus auferlegt wird, laufen parallel.

Als es 1991 zusammenbrach, gaben sogar einige kommunistische Parteien Erklärungen ab, in denen sie den Zusammenbruch des Sowjetstaates begrüßten, der selbst von revolutionären Kommunisten als "kolossales Übel" – sozialistischer Imperialismus – angesehen wurde. Es wurde sogar als ein

großes Hindernis für den Fortschritt der Gesellschaft angesehen. Die Verfechter des Kapitalismus waren besonders erfreut über den Fall der Sowjetunion, weil sie dachten, der Zusammenbruch der Sowjetunion hätte sie von der Angst vor dem Sozialismus oder Kommunismus befreit – sie kamen zu dem Schluss, dass der Kapitalismus ewig bestehen würde. Sie hielten an dieser Ansicht fest, basierend auf der Illusion, dass die Sowjetunion der Fahnenträger des sozialistischen Systems war. Tatsächlich lagen sie jedoch ignorantly falsch. Der Zusammenbruch der UdSSR war das Versagen des sowjetischen Staates und seines sozialistischen Modells; es war nicht der Zusammenbruch des Sozialismus selbst. Viele revolutionäre Kommunisten kämpften tatsächlich gegen das sowjetische Regime, das als Hindernis für die Mission des sozialistischen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts der Völker der Welt stand und ernsthaften Schaden für das Wachstum der kommunistischen Bewegung weltweit verursachte.

Die euphorischen Siegesrufe der Kapitalisten, die glaubten, dass sie sich nun keine Sorgen mehr um die Zukunft des Kapitalismus machen müssten, hielten nicht lange an. Die Jubelstimmung des Kapitalismus begann bald nachzulassen, und selbst die Verfechter des Kapitalismus spürten das Fehlen von Marx als Retter in den Krisen, denen die Welt gegenübersteht. Die tiefgreifende Bedeutung des Sozialismus begann nach der Depression in den USA im Jahr 2008 zu erkennbar zu werden. Die kapitalistische Welt schien erschöpft, unproduktiv und kriegsführend. Diese Krise wurde nach der US-UK-Invasion im Irak 2002, den Vorfällen des Regimewechsels und der unmenschlichen Bombardierung Serbiens (22) vollständig aufgedeckt. Jetzt können wir sehr deutlich einen aufstrebenden Trend des Sozialismus erkennen, mit einem neuen Schwung, den Xi Jinping und eine neue Version der globalen Zusammenarbeit unter dem Belt and Road-Konzept eingebracht haben.

Einige Beispiele können diesen Trend veranschaulichen. Eines davon ist eine Umfrage, die die BBC im September 1999 unter ihren Zuschauern durchführte (23). Sie fragte: „Wer ist Ihrer Meinung nach der größte Denker des letzten Jahrtausends?“ Die Ergebnisse der Umfrage zeigten, dass eine überwältigende Anzahl von Befragten Karl Marx als den größten Denker des letzten Jahrtausends ansah. Albert Einstein, Isaac Newton und Charles Darwin waren die anderen drei, jeweils. Keiner der Ökonomen oder Sozialwissenschaftler, die den Kapitalismus befürworteten, wurde höher eingestuft als Marx. „Die Umfrage wurde von der staatlichen Rundfunkanstalt eines Landes durchgeführt, das acht Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als das Hauptquartier des Kapitalismus bezeichnet wurde“, sagte Tetsuzo. Marx war der beste Analyst der Mechanismen des Kapitalismus, als er sagte, dass dieser definitiv dem Sozialismus weichen müsse. Das zweite Beispiel war die Beschreibung von David J. Rothkopf, stellvertretender Staatssekretär für internationalen Handel unter der Clinton-Regierung, in der Washington Post. Er schrieb: „Was auch immer das Schicksal des Kapitalismus sein mag, jemand arbeitet bereits an einer Alternative.“ Was er meinte, war, dass „jemand bereits eine neue Gesellschaft vorbereitet, die den Kapitalismus ersetzt“ (24). Er war sehr kritisch gegenüber der US-Politik in internationalen Angelegenheiten und ihrer wirtschaftlichen Leistung. Es ist nun offensichtlich, dass das System des Kapitalismus von unsichtbaren Händen abhängig ist, von korrupten Konzernen, Finanziers, Bankiers und korrupten Politikern.

In diesen Perspektiven schafft der vom China vorangetriebene Sozialismus innovativ Hoffnung auf eine neue sozialistische Ordnung in der Zukunft. Sein Fokus auf das ökologische Entwicklungsmodell, den Schutz der Umwelt, die Betonung einer inklusiven internationalen Zusammenarbeit zur Bewältigung von Klimawandel und Armut und die Betonung des gemeinsamen Arbeitens für eine neue und gerechte Weltordnung könnte einen Paradigmenwechsel im Ansatz der globalen Entwicklung einleiten. In jüngster Zeit bietet die strategische Partnerschaft zwischen China und Russland sowie der Aufstieg der BRICS neue Hoffnung auf Frieden und den Aufstieg des Sozialismus. Das einzige Hindernis ist die indische Position des „Heiratens zweier Ehemänner – BRICS und QUAD, angeführt von Amerika“. Wenn Indien seine pro-östlichen Positionen klärt, ist der Tod der NATO-Hegemonie sicher, und der Aufstieg der multilateralen Globalisierung ist definitiv erreichbar. Diese Faktoren bestimmen die zukünftigen internationalen Beziehungen. Wenn BRICS Plus erfolgreich ist, werden die internationalen Beziehungen diesen Weg einschlagen, wie Xi Jinping sagt: „Wir rufen die Menschen aller Länder auf, gemeinsam eine Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit aufzubauen, eine offene, inklusive, saubere und schöne Welt zu schaffen, die dauerhaften Frieden, universelle Sicherheit und gemeinsamen Wohlstand genießt“ (25).

(1) Oxfam International, “World’s billionaires have more wealth than 4.6 billion people” available on <https://www.oxfam.org/en/press-releases/worlds-billionaires-have-more-wealth-46-billion-people>, retrieved on 3/6/2020

(2) Adam Smith discussed invisible hands of the ‘masters of the world’—the dishonest capitalists. He observed that their greediness would turn the capitalism into a lax system, depriving general people of their stake. See, Noam Chomsky, *Failed States: The Abuse of Power and the Assault on Democracy*; London: Penguin Books, 2006, p.105.

(3) John D. Bell, “Military Spending and Income Inequality,” *Journal of Peace and Research* Vol. 31, no.1, 1994.

(4) For instance, M. Gradstein, B. Milanovic, and Y. Ying in a World Bank’s research came to this conclusion, according to which World Bank persisted on ‘structural adjustment policies’ in developing countries. This policy was, though implicit, to transplant Western concept of rule of law and democratic values in developing countries, as one of the strategies for uprooting socialism and welfare-based governance system across the world. For detail see, M. Gradstein et al, *Democracy and Income Inequality: An Empirical Analysis*; Washington, DC: World Bank, 2001.

(5) Michael McCormack and Amanda Novello, “The Economy is not Delivering Broadly Shared Prosperity,” *The True State of American Economy*, The Century Foundation, 2019, available at <https://tcf.org/content/report/true-state-u-s-economy>, retrieved on 3/6/2020

(6) For more information on the corrupt practices of European Union, see Naomi Klein, *The Shock Doctrine*; London: Penguin Random House UK, 2007.

(7) Ibid

(8) Id.

(9) This is a commission formed to deal with the populism seen during the period from 1940s to 1960s in Western Countries. Western countries witnessed number of movements for social security, welfare of workers, socialism, and trade unionism. These popular movements of people were seen as ‘crisis of democracy.’ The movements were seen as challenge to the freedom and free-market, a theory that was gaining momentum in name of Neo-liberalism. See, Ibid and also (n 5). The

Commission was constituted to deal with this problem and comprised of intellectuals from North America, Europe and Japan.

(10) Noam Chomsky (Note 3), p.216.

(11) *ibid*

(12) For detail information on destruction of American people's participation in politics, see Walter Dean Burnham, *Critical Elections and Mainsprings of the American Politics*; New York: WW Norton and Co. 1970

(13) Noam Chomsky (note 11), p. 215.

(14) Richard Woff, "Interview to ACT TV, April 2020, available at <https://www.twitch.tv/actdottv>

(15) *Ibid*.

(16) Xi Jinping, "Secure a decisive Victory in Building a Moderately prosperous Society in All Respects and Strive for the Greatest Success of Socialism with Chinese Characteristics," speech delivered at the 19th National Congress of the Communist Party of China, 18 October 2017, http://news.xinhuanet.com/english/special/2017-11/03/c_136725942.htm. Retrieved on 3/6/2020

(17) Report Presented at the Xi Jinping, "19th National Congress of the Communist Party of China October 18, 2017," http://www.xinhuanet.com/english/download/Xi_Jinping's_report_at_19th_CPC_National_Congress.pdf Retrieved on 3/6/2020.

(18) People's Daily, 24 February 2015. Also see "China's Xi Jinping Unveils New 'Four Comprehensives' Slogans," BBC News on China, 25 February 2015.

(19) XU, Qiyuan, "Reform Directions for China's Socialist Market Economy: A Macroeconomic Perspective," in John Garrick and Yan Chang Bennett (eds.), *China's Socialist Rule of Law Reforms under Xi Jinping*. London: Rutledge. 2016, p.74.

(20) For additional information on development of socialist rule of law, see ZHANG Xiaodan, "Rule of Law within the Chinese Party-State and Its Recent Tendencies." *Hague Journal on the Rule of Law* 9(2) 2017: 373-400.

(21) Fuwa Tetsuzo, Capitalism and Socialism in the 21st Century, *Akhata*, November, 13-14, 2002 Issues.

(22) Chomsky (Note 5), 203, 66, 70 and 228.

(23) See, Tetsuzo, (Note, 22).

(24) Cited by Tetsuzo, *Ibid*.

(25) Xi Jinping, (Note, 18).